

1. Einleitung

1.1 Erkundung: Die Krise im Boom

Im kollektiven Gedächtnis alter Montanregionen wie dem Ruhrgebiet ist die Staublungelunge noch lebendig. Es ist erst wenige Jahrzehnte her, dass von der Sozialversicherung „kaputtgeschriebene“, das heißt von den Sachbearbeitern für Invalide erklärte ehemalige Bergmänner in großer Zahl nur noch auf die heimischen Fensterbretter gelehnt am gesellschaftlichen Leben teilnahmen, bis sie irgendwann verschwanden, eben sprichwörtlich „weg vom Fenster“ waren. Begibt man sich auf die Suche nach einer etwaigen historischen, allzumal fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesem Kapitel bundesrepublikanischer Nachkriegsgeschichte, kommt man dagegen nicht weit. Die Staublungelunge scheint – abgesehen von verstörend-verknöcherten Lungenpräparaten oder weiß gefärbten Röntgenaufnahmen, die gerne bei Ausstellungen präsentiert werden – keine memorablen Referenzen oder Ereignisse hervorgebracht zu haben. Das körperliche Drama dieses Lungenleidens scheint sich überwiegend im Stillen der Bergwerke und Zechensiedlungen abgespielt zu haben. Wie konnte die tödlichste Berufskrankheit der Geschichte jahrelang, mitten in einer grundlegenden Schlüsselindustrie des bundesrepublikanischen „Wirtschaftswunders“ wüten, ohne dass ein lautstarker Nachruf auf die sich auftürmenden menschlichen Opfer bis heute nachhallt?

Eine völlig andere Erzählung aus derselben Zeit ist immerhin konstituierend für die Geschichte der Bundesrepublik. Die Währungsreform des Jahres 1948 gilt als Initialzündung des westdeutschen „Wirtschaftswunders“, das für einen ein Vierteljahrhundert andauernden Boom sorgte. Die Hungerkrisen der unmittelbaren Nachkriegszeit wurden überwunden, die städtischen Trümmerberge wichen allmählich modernen Neubauten. Die bald vollbeschäftigte bundesrepublikanische Gesellschaft erfuhr von Jahr zu Jahr beispiellose ökonomische Wachstumsraten und schuf damit den Wohlstand, der die materielle Basis für eine sozialstaatliche Expansion bildete, und eine Erfolgsgeschichte, die die westdeutsche Gesellschaft und ihre kollektive Identität bis in die Gegenwart prägen. Das parteiübergreifende Versprechen „sozialer Sicherheit“ wurde zum wichtigen Baustein westdeutscher Wirtschafts- und Sozialpolitik und –

gerade im Kontrast zu anderen westeuropäischen Staaten – zumeist im einvernehmlichen Konsens zwischen Gewerkschaften, Industrie und Staat ausgehandelt. Diese neue Zielvorstellung formulierte der einflussreiche Frankfurter Sozialwissenschaftler Hans Achinger zeitgenössisch im Jahr 1953 so:

[E]s geht nicht mehr darum, den Einzelnen in seinen gegebenen Verhältnissen über Wasser zu halten, sondern es geht ganz allgemein um ein neues Niveau, um die Sicherung einer Untergrenze dessen, was für alle Staatsbürger als *minimum decency* gelten soll.¹

Die Unfallversicherung und mit ihr die Gesundheit am Arbeitsplatz bezog er dabei explizit in seine Überlegungen ein. Sie wurde zwar seit ihrer Gründung 1884 kaum mehr als ein akutes Gegenwartsproblem wahrgenommen, weil man diese als endgültig geregelt angesehen habe, doch der neuerliche „Kampf gegen die Berufskrankheiten“ zeige, dass auch sie in den „Mahlstrom der allgemeinen Bewegung“ geraten sei, womit Achinger sich auf die wohlfahrtsstaatliche Expansionen in der noch jungen Bundesrepublik bezog. Wenn in den fünfziger Jahren von Berufskrankheiten die Rede war, dann überragte die Staublunge bald alle anderen.

Der Schutz vor Berufskrankheiten, die erst seit den zwanziger Jahren überhaupt in der deutschen Sozialversicherung problematisiert wurden, war damit Teil eines neuen Versprechens, das im Hinblick auf die Weimarer Republik und die Sozialpolitik unter dem nationalsozialistischen Regime als so neu letztlich gar nicht erschien.² Der Terminus der „sozialen Sicherheit“, der in den fünfziger Jahren breiten Eingang in den sozialpolitischen Diskurs fand, wurde sein fester Bestandteil und bezeichnete – so die einschlägigen Handbücher – ein ganzes Bündel sozialpolitischer Maßnahmen, „die unmittelbar nicht sowohl der Hebung der Lebenslage, als vielmehr dem Schutz der Lebenslage vor bestimmten Gefahren ihrer *Verschlechterung*“ dienten. Genauer genommen ging es um Gefahren, die der Einzelne abzuwenden nicht im Stande war.³

Sicherheit impliziert stets auch Sicherheit *vor* etwas. Als politisches Zukunftsprojekt der jungen Bundesrepublik, die sozialpolitisch breit an die Traditionen der Weimarer Republik anknüpfte, war das Trauma der Massenarbeitslosigkeit in den Jahren der Weltwirtschaftskrise gewiss eine wichtige Referenz für eine unverschuldete Gefahr für individuelle Arbeits- und Lebenslagen. Das Bewusstsein für die Prävalenz chronischer, sich über viele Jahre und Jahrzehnte manifestierender Krankheiten, erforderte im Sinne eines Schutzes vor Gefahren Maßnahmen, die nicht mehr allein im Sinne einer gesellschaftlichen Fürsorge etwaige Einkommensverluste entschädigte, obschon die Renten- und die Unfallversicherung dies im Fall von Invalidität und Berufskrankheit leisteten. Im Selbstverständnis der *modernen* Sozialstaaten konnte es nach Auf-

1 Achinger 1953, S. 11.

2 Mit Schwerpunkt auf den sozialpolitischen Konzepten noch während des Zweiten Weltkrieges, deren Umsetzung schließlich 1944 auf die Zeit nach dem Krieg vertagt wurden, vgl. Geyer 1987, S. 333 ff., S. 357 ff.

3 Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 1964, S. 396.

fassung vieler Praktiker der frühen Nachkriegszeit deshalb nicht mehr allein um reine Kompensation für erlittene gesundheitliche Schäden gehen, sondern – und zwar in steigendem Maße – um die umfassende Prävention gesundheitlicher Risiken.

Die bundesrepublikanische Zeitgeschichte ist also eng an eine Erzählung sozialstaatlichen Auf- und Ausbaus gekoppelt. Dabei wurde nicht zuletzt der Leistungsumfang der Unfallversicherung vergrößert, zu deren Domäne die Berufskrankheiten zählten. Gerade in der Montanindustrie, also auch im Bergbau, waren die dort besonders hohen, inhärenten gesundheitlichen Risiken wohlbekannt. Gleichwohl ein Unfall oder eine Krankheit den Einzelnen stets unverhofft zu treffen schien, forderte allein der Steinkohlenbergbau des Ruhrgebiets auch nach 1945 noch jedes Jahr verlässlich Hunderte, bald Tausende Tote. Die meisten von ihnen fielen nicht etwa den gefürchteten und spektakulären Grubenunglücken zum Opfer, bei denen die umgekommenen Bergmänner im Blickpunkt der Öffentlichkeit den Unfalltod starben, sondern der Staublunge, die im Verborgenen in den Zechenkolonien der Bergwerksgesellschaften wütete und die einst kräftigen, den Widrigkeiten der Welt unter Tage trotzbenden Bergmannskörper bis zu ihrem langsam-qualvollen Erstickungstod dahinsiechen ließ.

Aus der Retrospektive erschien dieser Befund eindeutig: Die Statistiken der Unfallversicherung zeigen detailliert, wie die Zahl der registrierten Erkrankten kurz nach dem Zweiten Weltkrieg dramatisch in die Höhe schoss – auf mehrere Tausend je Quartal –, sich in den späten fünfziger Jahren abflachte und nach 1970 unter die kritische Schwelle von 1.000 neuen Fällen pro Jahr fiel. Die Kurve der auf die Staublunge zurückgeführten Todesfälle zog mit Verzögerung nach. Zweifellos war dieser „Sieg“ über die Krankheit ein erklärtes Ziel – und dass dieses auch erreicht wurde, verbuchten die Bergbau-Berufsgenossenschaft, die Trägerin der Unfallversicherung im Bergbau, sowie die Bergbauunternehmen als großen Erfolg. Doch vor dem begrenzten Zeithorizont der vierziger, fünfziger und sechziger Jahre war dieser „Sieg“ keineswegs gewiss. Obwohl die Staublunge, medizinisch *Silikose*, seit 1929 dem Versicherungsschutz unterlag, waren nach 1945 noch etliche Fragen in der Praxis offen: Wie entstand sie, wie war sie von anderen Lungenkrankheiten wie der Tuberkulose diagnostisch zu unterscheiden, wie ließ sie sich therapieren? Der wissenschaftlich-medizinische Kanon wurde von einer Handvoll ausgewiesener Experten bestimmt. Der praktische Umgang mit dem Problem der Staublunge warf noch weitere Fragen auf, allen voran, ob dieses Problem *medizinisch-therapeutisch* oder *technisch-präventiv* zu lösen sei. Und letztlich blieb die Frage bestehen, was aus diesen Expertendiskursen und den hieraus abgeleiteten Maßnahmenpaketen und Steuerungsversuchen eigentlich bis zu den Bergleuten unter Tage wirklich vordrang und vordringen sollte. Die vorliegende Arbeit nähert sich der Geschichte der Staublunge deshalb dezidiert wissenshistorisch an. Da der Gegenstand der Untersuchung aber bislang weitgehend unerforscht ist, soll sie einen möglichst facettenreichen Einblick in die ersten zwei Nachkriegsjahrzehnte gewähren, und zwar aus einer neuen Perspektive: Bildlich gesprochen werden wir uns nicht allzu lange mit den schillernden Fassaden der bundesrepublikanischen Wiederaufbaugeschich-

te, sondern die meiste Zeit in ihren schlecht beleuchteten Gewölben aufhalten. Denn unter dem Gesichtspunkt der Arbeitergesundheit schien die beispiellose Prosperität des „Wirtschaftswunders“ eben genau jene Körper zu verzehren, die diese fernab des Tageslichts hervorbrachten.

Wer waren diese Menschen? In „Gesellschaft als Urteil“ spürt der französische Soziologe Didier Eribon mit einem besonderen Interesse an der Genealogie von Arbeiterfamilien den Bedingungen der gesellschaftlichen Ordnung nach und gelangt zu der Überzeugung, dass der Einzelne darin – überwältigt von der Macht ungeschriebener Gesetze – zugleich Subjekt und Stimme eines kafkaesken „unsichtbare[n], ungreifbare[n] Gericht[s]“ zu sein scheint, dessen Richtersprüche „uns vorangehen, uns umgeben, uns begleiten, bewerten und ohne irgendeine weitere Erklärung verurteilen.“⁴ Weniger mystisch ließe sich auf die Staublunge gemünzt sagen: Die Bergarbeiterschaft fand sich in einer historisch gewachsenen Rolle wieder, die von politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Kräften und Zwängen geformt worden war, die sich unter diesen Umständen aber auch verändern konnte. Ein Topos, der sich durch dieses Buch zieht, ist der des „abkehrenden“ Bergmanns: Der Bergbau war bei vielen unbeliebt und gefürchtet und selbst die Nachkommen ganzer Bergarbeiterdynastien sahen sich nach einer weniger körperbetonten und lebensgefährlichen Tätigkeit um, wenn sie nur konnten. Der Bergbau war unattraktiv und die Staublunge, das Wissen um sie und die Furcht vor ihr, trugen entscheidend dazu bei.⁵

Dessen ungeachtet beschäftigte der Ruhrkohlenbergbau allein Hunderttausende Männer, auch lange nach der ersten „Kohlenkrise“, die ab 1958 den sukzessiven Niedergang der Branche, das vieldiskutierte „Zechensterben“, einleitete. Die Erinnerungen der Bergleute und ihrer Familien an diese Zeit ist schlecht überliefert.⁶ Naturgemäß krankt auch die Erforschung der bergmännischen Arbeits- und Lebenswelten daran. Erhalten ist jedoch der Topos von einem die Generationen überspannenden, sehr spezifischen Verhältnis zur Todesnähe und zum raschen Auszehren der Kräfte durch die körperlich fordernde Tätigkeit, das gerade im Bergbau nicht zuletzt mit einer ausgeprägten Männlichkeitskultur verwoben war.⁷ Doch waren seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert zugleich immer mehr Mechanismen der sozialen Sicherung in Kraft getreten, um die existenzgefährdenden Lebensrisiken wie Krankheit, Invalidität und Alter sowie Arbeitslosigkeit aufzufangen, und die politische Mobilisierung der von

4 Eribon 2017, S. 147.

5 Zur Suche nach Arbeitskräften in den europäischen Steinkohlenrevieren nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Brüggemeier 2018, S. 317 ff.

6 Die auch von Eribon beklagt wird (Eribon 2017, S. 133 f.) und die sich überall dort offenbart, wo auf die sozialen und kulturellen Bedingungen bestimmter Verhaltensweisen verwiesen wird; z. B. im Hinblick auf männliches Risikoverhalten am Arbeitsplatz; vgl. Bluma 2012, S. 35–72, hier S. 50; auf Grund großzügiger Interview-Überlieferungen konkreter dagegen in britischen Studien wie bei McIvor/Johnston 2007, S. 264.

7 Hier sei beispielhaft verwiesen auf die anschaulichen Darstellungen des Milieus in Brüggemeier 1983, S. 13 ff., 22–24; sowie Kocka 2015.

diesen Risiken bedrohten Massen durch die aufstrebende Arbeiterbewegung hatte unleugbaren Anteil am umfassenden Ausbau der wohlfahrtsstaatlichen Regulierung durch den deutsch-preußischen Obrigkeitsstaat.⁸

Der Bergbau – und das grenzte ihn von den meisten anderen Berufsständen im frühen Kaiserreich ab – blickte auf eine lange Tradition gemeinschaftlicher sozialer Absicherung zurück. Bis heute pflegt die Knappschaft, die inzwischen eine gesetzliche Krankenkasse unter vielen geworden ist, ihre über 750 Jahre zurückreichende Geschichte.⁹ Doch die Sozialversicherung im Bergbau war seit dem 19. Jahrhundert mehr als eine bloße Weiterentwicklung der gemeinschaftlichen Knappschaftsstrukturen. Vielmehr wurde die Versicherung der Bergarbeiterschaft – die vor allem mit der Expansion des Steinkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert deutlich wuchs – gegen die Gefahren ihrer Arbeit in ein gesamtgesellschaftliches System sozialer Sicherung eingebunden. Trotz einiger weiterbestehender Sonderstrukturen war der Bergbau eine Industrie unter anderen, war die Bergbau-Berufsgenossenschaft eine branchenspezifische Trägerin der Unfallversicherung unter vielen.

Dennoch lässt sich der Bergbau auch im Kontext der Vergesellschaftung beruflicher Risiken als etwas Besonderes beschreiben. Die bergmännische Lebenswelt mutet gerade aus heutiger Perspektive wild, gefährlich und fremdartig an: Zwar hat das Traditionsbewusstsein mancher Bergbauregionen den eigensinnigen Berufsstolz vergangener Tage in die heutige Zeit gerettet und eine das Grau und Schwarz von Stahl und Kohle geradezu fetischisierende Erinnerungskultur am Leben gehalten. Doch gibt es nur noch sehr wenige Menschen, die in den fünfziger Jahren, als die untertätige Arbeitsweise noch viele Facetten ihrer archaischen Vergangenheit aufwies, auf den Steinkohlenzechen tätig gewesen sind. Der Mythos exzeptioneller Opferbereitschaft und männlicher Solidarität spielte für die Zeitgenossen der fünfziger und sechziger Jahre eine wichtige Rolle – nicht nur für die Bergleute selbst, sondern auch in den politischen wie gesellschaftlichen Deutungen ihres Platzes in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Damals mehr als heute war dieses heroisierende Selbstbild und die in der Öffentlichkeit eingeforderte und ausgesprochene Anerkennung noch überdeutlich an die erbrachten kollektiven Opfer gebunden: Tagtägliche schwere, oft tödliche Unfälle, immer wieder auftretende plötzliche Grubenexplosionen und ein in der Gegenwart oft vergessener, doch seinerzeit gefürchteter wie leisetretender Totengräber – die Staublunge – verlangten der Bergarbeiterschaft ihren Tribut ab.

Die Krankheit selbst offenbart sich vor allem durch ihre unheilvollen Beinamen – „schleichender Tod“, „Geißel“, „Bergmannsfluch“ und andere – als die finstere Seite des Bergmannsmythos. Sie machte aus der untertägigen Heldenfigur eine tragische Existenz, schuf einen gemarterten Körper, der dem Berg in aufopferungsvoller Hin-

8 Ritter 2010, S. 63 ff.

9 Bingener/Fessner 2010.

gabe die lebensnotwendige Kohle zum Wohle aller abrang und den zahlreichen Gefahren trotzte, um schließlich von der Tücke einer Krankheit niedergestreckt zu werden, die sich ungesehen, ungehört über Jahre und Jahrzehnte in den Lungen festsetzte. Wer würde den im Akkord „ranhauenden“ Bergmann davor retten können? Vielleicht ein anderer Held, im weißen Kittel – der Arzt? Ausgestattet mit allerlei arkanen Kräften und dem Vertrauen der Gesellschaft warfen Mediziner all ihr Wissen und Können in die Waagschale, um den Knoten zu durchschlagen, der den Bergmann im Zenit seines Lebens, nach Jahren kräftezehrender Schwerstarbeit, schicksalhaft wie unerbittlich in den Abgrund zu ziehen schien. Es waren die Ärzte, die die gefürchtete *Staublunge* auf diese Weise allmählich in ein wissenschaftlich mess- und beschreibbares Phänomen, die *Silikose*, verwandelten – oder dies zumindest versuchten.

Die erfolgreiche Bekämpfung der Staublunge/Silikose war keine alleinige Sache zwischen Bergleuten und Ärzten. Sie wurde begleitet durch politische Interventionen auf Bundes- und Landesebene, organisatorische Maßnahmen der Bergbaubetriebe und der Aufsichtsorgane sowie durch die Forschungs- und Entwicklungsarbeit national und international vernetzter Fachleute verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, zu denen neben Medizinerinnen auch Chemiker und Physiker, Bergbauingenieure und andere Experten gehörten. Hinzu kamen die Bergleute, die mal als schwer zu beherrschende Adressaten guter Ratschläge, mal selbst als alltagsschlaue Erfinder, motzende Kritiker oder politisch mobilisierte Protestler in Erscheinung traten. Eine so komplexe Verzahnung verschiedenster Akteure auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Begegnungskontexten darzustellen ist eine große Herausforderung. Es braucht deshalb Querschnitte und Kristallisationskerne, an denen sich historische Prozesse beobachten und zu einer erzählbaren Geschichte verdichten lassen.

Am Ende führt der Weg zu einer differenzierten Erzählung deshalb nicht über die unbegrenzte Hingabe an die zweifellose Komplexität des Gegenstandes, sondern über Vereinfachung, ohne aber allzu simple Antworten auf schwierige Fragen zu geben. Der niederländische Kulturhistoriker Johan Huizinga hat bereits in den dreißiger Jahren die Aufgabe einer Kulturgeschichte – und hierunter ließe sich eine Wissensgeschichte wie die vorliegende subsumieren – nicht in der Suche nach dem „Warum“ gesehen, sondern nach dem „Was“ und dem „Wie“.¹⁰ Was auf den ersten Blick unbefriedigend anmuten mag, führt vielleicht gerade zu einer weniger oberflächlichen, sondern tiefergehenden Durchdringung des Untersuchungsgegenstands, die einzelne Akteure und ihre Wahrnehmungen ebenso berücksichtigt wie die rahmenden Strukturen und Handlungsbedingungen, denen sie gleichermaßen unterworfen waren, wie sie sie mitzugestalten versuchten. Zu diesen Handlungsbedingungen gehörte in erheblichem Maße auch Wissen in dem Sinne, dass es handlungsermöglichend ist.

10 Huizinga 1930, S. 51.

1.2 Zeitgeschichtliche Verortung und begriffliche Orientierung

Der bundesrepublikanische Sozialstaat stand nach dem Zweiten Weltkrieg „im Zeichen von Kontinuität und Neubeginn“ und erfüllte unter dem omnipräsenten Eindruck der Systemkonkurrenz mit den Staatssozialismen östlich des Eisernen Vorhangs auch eine wichtige legitimitätsstiftende Rolle für das politische System der noch jungen Bundesrepublik und ihrer „Sozialen Marktwirtschaft“.¹¹ Während die tragenden Säulen der seit der Kaiserzeit bestehenden Organisation der Sozialversicherung im Wesentlichen unberührt blieben, wurden ihr Umfang und ihre Leistungen im ersten Vierteljahrhundert nach 1949 deutlich ausgebaut. Dem Steinkohlenbergbau im industriellen Herzen des neugegründeten Staates kam im Nachkriegsboom, der diesen wohlfahrtsstaatlichen Ausbau ganz entscheidend mitermöglichte, eine tragende Rolle zu, die nicht allein zum Emblem jüngerer retrospektiver Genugtuung über die Bedeutung und die Opfer des Ruhrgebiets für den Wiederaufbau wurde, sondern auch Teil ihrer zeitgenössischen Rezeptionen war: ohne Kohle, das mythische „Grubengold“, gehe es nicht. Sie war essenzieller Ausgangsrohstoff für die Schwerindustrie und als wichtigster Energieträger auch in den Kellern und Küchen der meisten Haushalte allgegenwärtig.

In Antizipation der von Anselm Doering-Manteuffel und Lutz Raphael bereits vor einiger Zeit angestoßenen und seither andauernden „Nach dem Boom“-Debatte¹² fragen auch die Geschichte der Wohlfahrtsstaatlichkeit sowie die ihr anverwandten Disziplinen nach der Historisierung sozialstaatlichen Denkens und Handelns im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts.¹³ Die Bedeutung nachhaltiger makroökonomischer, arbeitsmarktlicher oder sozialer Veränderungen in der bundesrepublikanischen Gesellschaft für das, was der Sozialstaat leisten konnte und was von ihm erwartet wurde, erscheinen evident. Die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der siebziger Jahre – vermindertes Wachstum, Stagflation, Arbeitslosigkeit sowie schließlich eine deutliche Abflachung der sozialstaatlichen Expansion – portraituren dieses Jahrzehnt schließlich als eine „Umbruchszeit“.¹⁴ In der Mitte des Jahrzehnts verschärfen sich die zeitgenössischen Debatten über die „Krise des Sozialstaats“ und neue wohlfahrtsstaatliche Diskurse und Praktiken etablierten sich. Das Narrativ vom Ende der Globalsteuerung und von der Zukunfts- und Planungseuphorie steht sinnbildlich für das rückblickend diagnostizierte neue Krisenbewusstsein.¹⁵ Diese Wandlungsprozesse vollzogen sich allerdings *erstens* nicht zwangsläufig als scharfe „Strukturbrüche“, auch wenn rahmende Schlüsselereignisse wie die „Kohlekrise“ 1957/58 oder die Ölpreis-

11 Metzler 2003, S. 140 f.

12 Doering-Manteuffel/Raphael 2008.

13 Vgl. exemplarisch Lengwiler 2006; Geyer 2007, S. 47–93; Süß 2011.

14 Süß 2007, S. 95–126, hier S. 95.

15 Geyer 2007, S. 47–93, hier S. 62 f.

Krisen von 1973/79 wichtige und medial intensiv begleitete Meilensteine waren,¹⁶ und gestalteten sich *zweitens* auch in verschiedenen Regionen und Branchen sehr unterschiedlich. Gerade für das Ruhrgebiet gilt, dass der Nachkriegsboom schon zehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik wieder verebbte und die hochindustrialisierte Region sich den strukturellen Herausforderungen einer Zeit „nach dem Boom“ umfassend stellen musste.¹⁷

Auch die kulturhistorisch interessierte Präventionsgeschichte hat in den vergangenen Jahren die zäsurale Bedeutung der siebziger Jahre für das 20. Jahrhundert umfassend ausgelotet. Während die Risiko-Soziologie der achtziger Jahre das semantische Feld bestellt und erste seinerzeit gegenwartsnahe geschichtliche Deutungsangebote gemacht hatte,¹⁸ hat sich die foucauldianische Historiografie an einer Genealogie des Risikodenkens versucht und diese eng an den Begriff der „Biopolitik“ gekoppelt. Eine der einflussreichsten Weiterentwicklungen dieser Ideen bestand im François Ewalds „Vorsorgestaat“, einer beispielgebenden Studie über die Genese des französischen Wohlfahrtsstaats im ausgehenden 19. Jahrhundert. Versicherung sei demnach eine „Technologie des Risikos“ und das Ergebnis eines historischen Wissen-Macht-Spiels, das sich in der „Geschichte der Problematisierung des Unfalls“ beobachten lasse. Der besondere Vorzug dieser Technologie hatte für Ewald darin gelegen, dass sich das unbezahlbare Leid von Tod und Verletzung als Kapitalverlust entschädigen ließ.¹⁹ Auch die neueren Arbeiten zum „präventiven Selbst“ gründen sich im Wesentlichen auf dem foucaultschen Gedanken einer voranschreitenden „Subjektivierung“ und der damit einhergehenden (Selbst-)Disziplinierung²⁰ und sehen inzwischen in den siebziger Jahren den Scheitelpunkt einer langen Transition der präventiven Praxis von paternalistischen „Top-Down“-Ansätzen staatsinterventionistischer und betrieblicher (Gesundheits-)Vorsorge hin zu individuellen Präventionspraktiken: So habe das „präventive Selbst“ zunehmend an Bedeutung gewonnen und werde explizit als ein solches adressiert. Zwar hatten sich die öffentlichen Ausgaben und Investitionen in das Gesundheitswesen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutlich erhöht, aber die Verantwortung für die präventive Gesundheitspolitik schien in den westeuropäischen Staaten eher bei freipraktizierenden Ärzten verblieben. Gleichzeitig sei das öffentliche Interesse an gesundheitlichen Risiken enorm gestiegen, nicht zuletzt angesichts des

16 Vgl. hierzu jüngst Bösch 2019.

17 Süß 2007, S. 95–126, hier S. 107.

18 Ich verzichte in dieser Arbeit bewusst auf eine ausschweifende Exegese der umfangreichen sozialwissenschaftlichen Risiko-Literatur, auf die hier nur am Rande verwiesen sei. Zu nennen sind Bechmann 1993, S. VII–XXIX; Krohn/Krücken 1993, S. 9–44; Luhmann 1993, S. 138–185; dem Risiko-Begriff Vorschub geleistet hat außerdem fraglos Beck 1986; eine jüngere historisch-genealogische Arbeit zum Präventionsbegriff ist jüngst vorgelegt worden von Leanza 2017.

19 Vgl. Ewald 2015, S. 31, 209.

20 Rose 2001, S. 1–30, hier S. 20.

wachsenden Bewusstseins für chronische Erkrankungen und deren Folgen.²¹ Für die Untersuchung der Staublung im 20. Jahrhundert ist außerdem die Rolle eines für das präventive Handeln erforderlichen „Willens zum Wissen“ interessant.²² Dieser bestehe in der retrospektiven Suche nach kausalen Wirkzusammenhängen, um (Wahrscheinlichkeits-)Aussagen über die Zukunft treffen zu können. Prävention bedeutete dabei stets auch, Zukunft aktiv zu *bearbeiten*: Im Gegensatz zu anderen Modi des Zukunftsbezugs ist diese wissenschaftsförmige prognostische Referenz durch aktives Handeln und präventive Maßnahmen geprägt.²³

Gerade in Westdeutschland dürfte auch eine sich rasch verändernde Medienlandschaft ein wichtiger Katalysator bei diesem gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Deutungswandel gewesen sein. Individuen wurden so verstärkt mit präventiven Verhaltensnormen konfrontiert; in arbeitsweltlichen Kontexten lassen sich diese Prozesse an Hand der allmählich wachsenden Akzeptanz zunächst unpopulärer persönlicher Schutzmaßnahmen beobachten.²⁴ Gesellschaftsübergreifend veränderte sich darüber hinaus auch das grundsätzliche Denken über den menschlichen Körper und seine Gesundheit. Die vielgestaltige Anlage-Umwelt-Debatte, also die Frage, ob die (erbliche) Anlage des Individuums und die von außen wirkenden Einflüsse die Unterschiede zwischen den Menschen erkläre,²⁵ hatte auch Folgen für die Medizin. Die in den zwanziger Jahren popularisierte Konstitutionslehre, die auch in der Nachkriegszeit lange nachwirkte, ließ die Neigung zu bestimmten Erkrankungen eher im Betroffenen selbst suchen. Den Gegenentwurf entwickelte in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts schließlich eine neuartige Umweltmedizin, deren mit statistischen Methoden unterfütterte Heuristik allgemeingültige „Risiko-Faktoren“ und Wahrscheinlichkeiten identifizierte. Hinzu kamen aber auch neue Körperpraktiken wie die selbst-erarbeitete „Fitness“, die seit den späten siebziger Jahren zum intensiv diskutierten Fixstern der westlichen Leistungs- und Konsumgesellschaften emporgestiegen sei.²⁶ Doch auch das grundsätzliche Verständnis von Arbeit und wie sie zu gestalten sei, wurde in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts Gegenstand gesamtgesellschaftlicher Debatten. So standen die siebziger Jahre arbeitsgeschichtlich ganz im Zeichen des Programms zur „Humanisierung der Arbeitswelt“, das an einen breiten politischen Konsens gekoppelt war und das für den inzwischen schrumpfenden Steinkohlenbergbau große Bedeutung hatte, dessen Arbeitsbedingungen seit jeher als besonders hart und schlecht galten.²⁷

21 Lengwiler/Madarász 2010, S. 11–28.

22 Vgl. dazu Bröckling 2008, S. 38–48, hier S. 42 f. Bröcklings neun Thesen zur Prävention als „Modus des Zukunftsmanagements“ gehören zu den prägnantesten Konzeptualisierungen des Begriffs.

23 Graf/Herzog 2016, S. 497–515, hier S. 502.

24 Kleinöder 2012, S. 163–194; Kleinöder 2015.

25 Goschler/Kössler 2016, S. 7–22, hier S. 11 f.

26 Martschukat 2019.

27 Bluma 2012, S. 35–72.

Hieran verdeutlicht sich die zentrale Rolle, die Wissen und konkrete Akteure dabei spielten, die Gesundheit von Gruppen oder Kollektiven zu etablieren, zu legitimieren und zu verbreiten, aber auch die historische „Ausweitung und Ausdifferenzierung wissenschaftsförmigen Wissens über Menschen“ überhaupt.²⁸ Der Aufbau von Sozialversicherungen in Europa war von den Anfängen im ausgehenden 19. Jahrhundert an eng mit neu erzeugten und vermittelten Formen des Wissens verknüpft, die nicht allein die Durchführung sozialer Reformen rechtfertigten und rational begründeten, sondern deren Nachfrage umgekehrt auch durch die eingeleiteten Reformpolitiken befeuerten.²⁹ Die für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmende zeitgenössische sozialwissenschaftliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Phänomenen ist zu einer besonderen Herausforderung für die Zeitgeschichtsforschung geworden, die sich bisweilen gern der reichhaltigen semantischen Angebote der Soziologie, der Politologie oder der Wirtschaftswissenschaften dieser Zeit bedient.³⁰ Die dort entlehnten Begriffe, die die augenscheinlich auf Wissen und Wissenschaftlichkeit beruhenden modernen Gesellschaften bezeichnen – Wissens- oder Wissenschaftsgesellschaft, Risikogesellschaft, Informationsgesellschaft –, sind daher inzwischen selbst historisiert worden.³¹ Auch der Topos der „Verwissenschaftlichung“ und seiner Implikationen für das Verhältnis zwischen der Wissenschaft und anderen Bereichen der Gesellschaft, wie etwa der Politik, hat kritische Reflektionen und Ergänzungen erfahren, vor allem in Bezug auf die gegenseitigen Kopplungen und dialektischen Verschränkungen zwischen den verschiedenen Akteuren sowie Diskurs- und Praxisfeldern.³²

Die siebziger Jahre sind in diesen verschiedenen zeithistorischen Betrachtungen zum zentralen Fluchtpunkt einer Historiografie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geworden. Zwar sind Annahmen von allzu scharfkantigen Brüchen inzwischen überwiegend relativiert worden, da es regionale Ungleichzeitigkeiten gegeben habe oder langfristige Prozesse lediglich verstärkt oder deutlicher zutage getreten seien. Dennoch scheinen die beiden vorangehenden Jahrzehnte sowie die unmittelbare Nachkriegszeit notwendig auf eben jene einschneidende Zäsur zuzulaufen, an der die modernitätseuphorische Aufbruchsstimmung, in der alles technisch machbar und die Zukunft durch beständiges Wachstum unbegrenzt gestaltbar schien, zum Erliegen kamen. Stattdessen schienen nun latenter Pessimismus und verbreitete Ängste vor den entfesselten Möglichkeiten, vor allem aber ihren ökonomischen Grenzen und ökologischen Gefahren, den Zeitgeist zu bestimmen – in einer Zeit des Umbruchs also, in der der unaufhaltsame Fortschritt seine Evidenz verlor, in der Träume ausgeträumt waren und die nun von Krisen heimgesucht wurde. Was darauf folgte, so scheint es, waren

²⁸ Raphael 1996, S. 165–193, hier S. 167.

²⁹ Rabinbach 1996, S. 48 ff.

³⁰ Raphael 1996, S. 165–193, hier S. 191 ff.; Graf/Priemel 2011, S. 479–508.

³¹ Weingart 2001, S. 11 ff.

³² Ebd., S. 30; Vogel 2004, S. 639–660, hier S. 654.

nicht mehr enden wollende Krisen im Zuge struktureller Veränderungen und einer sich verschiebenden globalen wirtschaftlichen Tektonik, die die Zeit vor und „nach dem Boom“ scheiden.³³ Die Gegenerzählungen zur satten Zufriedenheit der goldenen Boomjahre, die in Ludwig Ehrhard ihre fleischgewordene Ikone gefunden hat, sind nicht nur in der öffentlichen Wahrnehmung, sondern auch in der kritischen Historiografie randständig geblieben. In der Sozialgeschichte der achtziger Jahre spielten die immensen menschlichen Opfer gerade der Bergarbeiterschaft, auf denen der neue Wohlstand errichtet wurde, durchaus eine Rolle. Dietrich Milles wies im Hinblick auf die offenkundige Abwesenheit dieser Opfer in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung im 20. Jahrhundert darauf hin, wie eng die Frage der (Arbeiter-)Gesundheit in den Kontext von Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit eingebettet war.³⁴ Gabriele Moser fand anknüpfend an Milles dafür den Begriff einer „Normalisierung gesundheitsschädigender Arbeit“ durch das System der Unfallversicherung.³⁵ Dieses Forschungsfeld fand jedoch nie den Anschluss an den zeithistoriografischen Mainstream. Es lohnt sich aber nach wie vor, einen zweiten Blick auf eben diese Kehrseite des „Booms“ zu werfen.

Das vorliegende Buch blickt deshalb auf die Zeit des Aufbruchs zwischen 1945 und 1970. Die Akteure, die einander in dieser Geschichte begegnen, treten zumeist in einer von drei Formen auf: als Individuen, als Gruppen oder als Organisationen.³⁶ Manche dieser Gruppen und organisationalen Gebilde konstituierten sich erst in jenen Nachkriegsjahren. Diese neuen Organisationen sind von besonders großem Interesse und eng an den Prozess einer sukzessiven Verwissenschaftlichung gekoppelt, in dessen Zuge sich Expertennetzwerke formierten und entsprechende Wissensfelder konfigurierten, die letztlich die Schaffung, Verbreitung und Anwendung wissenschaftsförmigen Wissens in organisationale Bahnen und serielle Routinen lenkten. Das Wechselverhältnis von Wissensbildung und Wissensanwendung – die Wissenspraxis also – war nach der Konstituierung dieser Netzwerke und Organisationen die treibende Kraft zunehmend intensiver betriebener Regulierungsversuche der zur Silikose transformierten Staublunge und bildet damit einen wichtigen Fluchtpunkt dieser Arbeit. Außerdem belebte und veränderte sich die in Presse und Politik geführte gesellschaftliche Debatte über das politische Problem der Staublunge. Zuletzt spielte sich die Wissenspraxis nicht nur in den betrieblichen Präventionsregimen, sondern auch die sozialstaatliche Entschädigungspraxis ab. Versicherte und ihre gewerkschaftlichen Interessenvertreter eigneten sich selbst Wissen an und machten dieses anderen durch Angebote wie die

33 Dementsprechend kommt kaum eine zeithistorische Arbeit noch ohne einen Verweis auf Doering-Manteuffel/Raphael 2008 aus.

34 Vgl. Milles 2003, S. 25–58.

35 Moser 2003, S. 59–77, hier S. 67.

36 Zum heuristischen Potential der zielgerichteten Auseinandersetzung mit Organisationen in der Geschichte vgl. Böick/Schmeer 2020.

gewerkschaftliche Rechtshilfe zugänglich und veränderten damit das Gesicht bzw. die alltägliche Praxis der Rentenverfahren. Für die Gruppe der Bergleute war der große gesamtgesellschaftliche Aufbruch lange vor den siebziger Jahren vorbei. Zum einen wegen des ab Ende der fünfziger Jahre einsetzenden langsamen Niedergangs des Bergbaus, zum anderen wegen der Gesundheits- und Sinnkrise, in die die um sich greifende Staublunge sie stürzte. Für viele einzelne Bergmänner war der Boom sogar bereits vorbei, bevor er überhaupt begonnen hatte, wie der Blick auf die frühen fünfziger Jahre zeigen wird.

Ganz im Sinne einer Wissenschafts- und Wissensgeschichte, wie sie Jakob Vogel 2004 paradigmatisch entworfen hat,³⁷ geht es in dieser Arbeit im Kern darum, den Prozess der „Verwissenschaftlichung“ näher zu be- und durchleuchten. In Anlehnung an Philipp Sarasin ist dabei die enge Verflochtenheit wissenschaftsförmigen Wissens und wissenschaftlicher Produktion und Stabilisierung von Wissen einerseits zu beachten, der andererseits die kulturellen und gesellschaftlichen, aber eben auch organisationalen Bedingungen dieser Prozesse gegenüberstehen. Wissen zirkuliert fortlaufend und konstituiert sich dabei immer wieder neu, und existiert neben anderen Wissensformen, mit denen es in einem Wechselverhältnis stehen kann. Dabei trägt es Spuren seiner kulturellen, politischen und sozialen Existenzbedingungen, aber auch seiner jeweiligen Verwendungsweisen.³⁸ Damit es seine Evidenz entfalten kann, braucht es Formen der Repräsentation, und deren Formate und Medien können Wissen selektieren, hervorheben oder auch unterdrücken.³⁹ Konkreter bedeutet dies: Wissen muss von Menschen bzw. Akteursgruppen hervorgebracht, festgehalten sowie verbreitet werden und sowohl die Rollenverteilung zwischen den Akteuren, als auch die Verbreitungswege unterliegen dabei historischen Bedingungen. Sie lassen sich besonders dort empirisch untersuchen, wo sich neue Wissensfelder gesellschaftlich ausformen.

1.3 Fragestellung und Methodik

Silikose ist ein medizinischer Fachterminus, der ein bestimmtes Krankheitsbild klinisch beschreibt, das neben den körperlichen Symptomen auch seine Ursachen umfasst. Geschichtswissenschaftliche Auseinandersetzungen mit medizinischen Gegenständen beschränken sich jedoch nicht allein darauf, den Fortschritt von ihrer Entdeckung über ihre korrekte Beschreibung bis hin zu ihrer Lösung nachzuerzählen.⁴⁰ Medizin

37 Vogel 2004, S. 639–660.

38 Sarasin 2011, S. 159–172, hier S. 166.

39 Ebd., S. 168.

40 Vgl. dazu vor allem Rosenberg/Golden 1992; für einen breiteren Überblick über den kulturkonstruktivistischen Trend in der Medizingeschichte und seine kritische Rezeption vgl. außerdem Patterson 1998, S. 5–29.